



**AKTIVES
GEDENKEN IN
LICHTENBERG**

AN OPFER RECHTER GEWALT

KURT SCHNEIDER

INHALT

- 03 Vorwort | Heike Kleffner
- 04 Einleitung
- 06 Der Mord an Kurt Schneider - eine Chronologie
| Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg (AVL)
- 08 Den Rechten den Raum nehmen. Jeden Tag
- 12 „Solche Taten nicht als Vergangenes vergessen“
| Interview mit der Gedenkgruppe der AVL
- 14 Niemand ist vergessen - eine Webseite für die Opfer rechter &
rassistischer Gewalt in Berlin | Kampagne Niemand ist vergessen
- 15 Kein Mensch ist „asozial“ - zu Kontinuitäten einer Verunglimpfung
| Anne Allex
- 17 Was tun gegen Nazis? Tipps für einen solidarischen Umgang bei
Naziaktivitäten | Lichtenberger Jugendantifa (LiJA)
- 19 Weiterführende Kontakte für Engagierte & Interessierte

IMPRESSUM

Herausgeber*innen:

Redaktionskollektiv „Aktives Gedenken in Lichtenberg“

V.i.S.d.P.: Jana Goldschmidt, Wotanstraße 228,
10365 Berlin

Zeichnungen: Desonhar Illustration

Layout: Michael Mallé
Berlin, August 2020

Text- und Bildnachweis: Alle Rechte liegen bei den jeweiligen Herausgeber*innen, den Autor*innen und Zeichner*innen. Für die inhaltlichen Aussagen der namentlich gekennzeichneten Artikel tragen die jeweiligen Autor*innen die Verantwortung. Alle anderen Texte stammen vom Redaktionskollektiv.

Genderstern: In dieser Broschüre verwenden wir den Genderstern (z.B. Unterstützer*innen), um Menschen, die sich als Frauen, Männer, Trans*-Personen, Inter*, queer und alle, die sich der zweigeschlechtlichen Norm nicht zuordnen, definieren, mit einzuschließen.

VORWORT

Von Heike Kleffner

An die bundesweit mehr als 180 Todesopfer rassistisch, antisemitisch und politisch rechts motivierter Gewalt seit 1990 zu erinnern, ist leider immer noch keine Selbstverständlichkeit.

Umso wichtiger sind diese Broschüren, die an zwei Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Berlin-Lichtenberg erinnern: an den 34-jährigen Eugeniu Botnari und an den 38-jährigen Kurt Schneider. Denn Eugeniu Botnari gehört zu den knapp zwei Drittel der aus rechten und rassistischen Motiven Ermordeten seit 1990, die nicht offiziell durch die Bundesregierung als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt sind. Im Fall von Kurt Schneider erfolgte die staatliche Anerkennung erst 18 Jahre nach seinem gewaltsamen Tod. Die verweigerte oder verzögerte staatliche Anerkennung hat gravierende Auswirkungen – auf das öffentliche Gedenken, auf die Möglichkeiten der Hinterbliebenen, staatliche Hilfen und Entschädigungen zu erhalten und auf die politischen Konsequenzen bei der Bekämpfung von rechter, rassistischer Gewalt sowie auf die Strafzumessung für die Täter*innen.

Zwischen den sozialdarwinistisch motivierten, stundenlangen Misshandlungen des arbeitslosen Kurt Schneider im Oktober 1999 durch eine vierköpfige Gruppe von Naziskins und der rassistischen Misshandlung des wohnungslosen Eugeniu Botnari durch den Filialleiter eines Supermarktes im September 2016 liegen fast zwei Jahrzehnte, in denen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt den Alltag und das Leben tausender Menschen in Berlin und darüber hinaus beeinträchtigt und für immer verändert haben. Mörderischer Rassismus, Antisemitismus und Rechtsterrorismus haben alleine in den vergangenen zwölf Monaten in 2019 und 2020 bei Anschlägen in Isthia bei Kassel, in Halle (Saale) und Hanau dreizehn Menschenleben gefordert.

Dennoch wird rechte Gewalt häufig als Randphänomen abgetan. Und während die tödliche Dimension rechter Gewalt in Deutschland weiterhin klein gerechnet wird, werden der gesamtgesellschaftliche Rassismus oder die Marginalisierung gesellschaftlicher Minderheiten ausgeblendet und ganze Betroffenenengruppen – insbesondere Wohnungslose und Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus – unsichtbar gemacht. Noch viel zu oft stehen die Täter*innen und nicht die Hinterbliebenen und Überlebenden im Mittelpunkt des öffentlichen, politischen und medialen Interesses. In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch das Gedenken und Erinnern an Todesopfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt bis heute. Und allzu oft wird vergessen, dass auch das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Schoa und des Porajmos – den Völkermord an den europäischen Rom*nja und Sinti*zze – im Nationalsozialismus lange erkämpft und der Gesellschaft von Überlebenden, Angehörigen und ihren Unterstützer*innen immer wieder abgerungen werden muss.

Die Broschüren der Initiative „Aktives Gedenken in Lichtenberg“ sind daher ein wichtiger Schritt: Gegen das Vergessen und für ein würdiges Gedenken ebenso wie für die aktuelle Auseinandersetzung mit den Kontinuitäten von Rassismus, Antisemitismus, rechter Gewalt und Sozialchauvinismus in Lichtenberg und darüber hinaus.

Heike Kleffner ist Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

LIEBE LESER*INNEN,

die vorliegende Broschüre ist Teil eines Projektes, um an zwei Menschen zu erinnern, die in Berlin-Lichtenberg Opfer rechter Gewalt wurden. Kurt Schneider wurde am 6. Oktober 1999 von einer Gruppe Neonazis im ehemaligen Urnenhain am Hoenerweg ermordet. Eugeniu Botnari erlag am 20. September 2016 seinen schweren Verletzungen, die ihm der damalige Filialleiter drei Tage zuvor im Edeka-Supermarkt im Bahnhof Lichtenberg aus rassistischer Motivation zugefügt hatte. Beide Schicksale sind sehr unterschiedlich und zwischen ihnen liegen fast zwanzig Jahre. Doch jeder für sich ist ein wichtiger Teil der jüngeren Bezirksgeschichte, der leider allzu oft übersehen wird.

Wir wollen die Opfer beim Namen nennen. Wir wollen die persönlichen Schicksale sichtbar machen. Denn Mord und Totschlag sind nie etwas Abstraktes, sondern zerstören konkrete Menschenleben und deren engstes Umfeld. Wir möchten an die Taten erinnern. Wir möchten die rassistischen und extrem rechten Motive der Täter*innen aufzeigen sowie die Umstände skandalisieren und kritisieren, unter denen die beiden tödlichen Angriffe stattfinden konnten.

Beide Todesfälle stellen eine Zäsur dar: In unserer Nachbarschaft hat rechte und rassistische Gewalt zwei Menschen das Leben gekostet. Auf Wegen, die wir täglich gehen, und an Orten, an denen wir uns häufig aufhalten, an denen wir einkaufen, die Bahn nehmen. Als Anwohner*innen, Antifaschist*innen und Antirassist*innen berühren uns ihre Schicksale, obwohl wir sie nicht persönlich gekannt haben. Wir sehen es als unsere Pflicht an, ihre Namen zu nennen und ihnen gemeinsam zu gedenken. Sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Andernfalls behielten die Täter*innen, deren Umfeld, polizeiliche Ermittlungen oder zuständige Gerichte das letzte Wort.

Mit dem Broschüren-Projekt und unserem darüber hinaus gehenden Engagement wollen wir einen Beitrag zu einer umfassenden Erinnerungsarbeit im Bezirk Lichtenberg leisten. Wir hoffen, dass eine aktive Gedenkkultur dabei hilft, rechte und rassistische Gewalt im Alltag sichtbar zu machen

und dagegen handlungsfähiger zu werden. Denn diese beiden Todesfälle zeigen in aller Deutlichkeit, worauf andere Initiativen zur Aufklärung der deutschlandweiten NSU-Morde oder des Mordes an Burak Bektaş in Berlin-Neukölln schon lange hingewiesen haben: rechtes Gedankengut führt zu Gewalt und zum Tod. Insbesondere richtet diese sich gegen Migrant*innen, People of Colour, gegen Arme und Obdachlose, gegen Menschen mit psychischen Krankheiten, gegen vermeintliche Außenseiter*innen und gegen politische Gegner*innen. Immer noch werden durch die Ermittlungsbehörden und in gerichtlichen Prozessen die Opfer stigmatisiert und für das Geschehene verantwortlich gemacht. Häufig wird dies durch die öffentliche Berichterstattung verstärkt.

Auch wir haben die Erfahrung gemacht, dass Kurt Schneider und Eugeniu Botnari erst dann als Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt öffentlich sichtbar wurden, als der öffentliche Druck durch Aktionen und Recherchen über einen langen Zeitraum wuchs. Dies zeigt aber auch: Engagement lohnt sich!

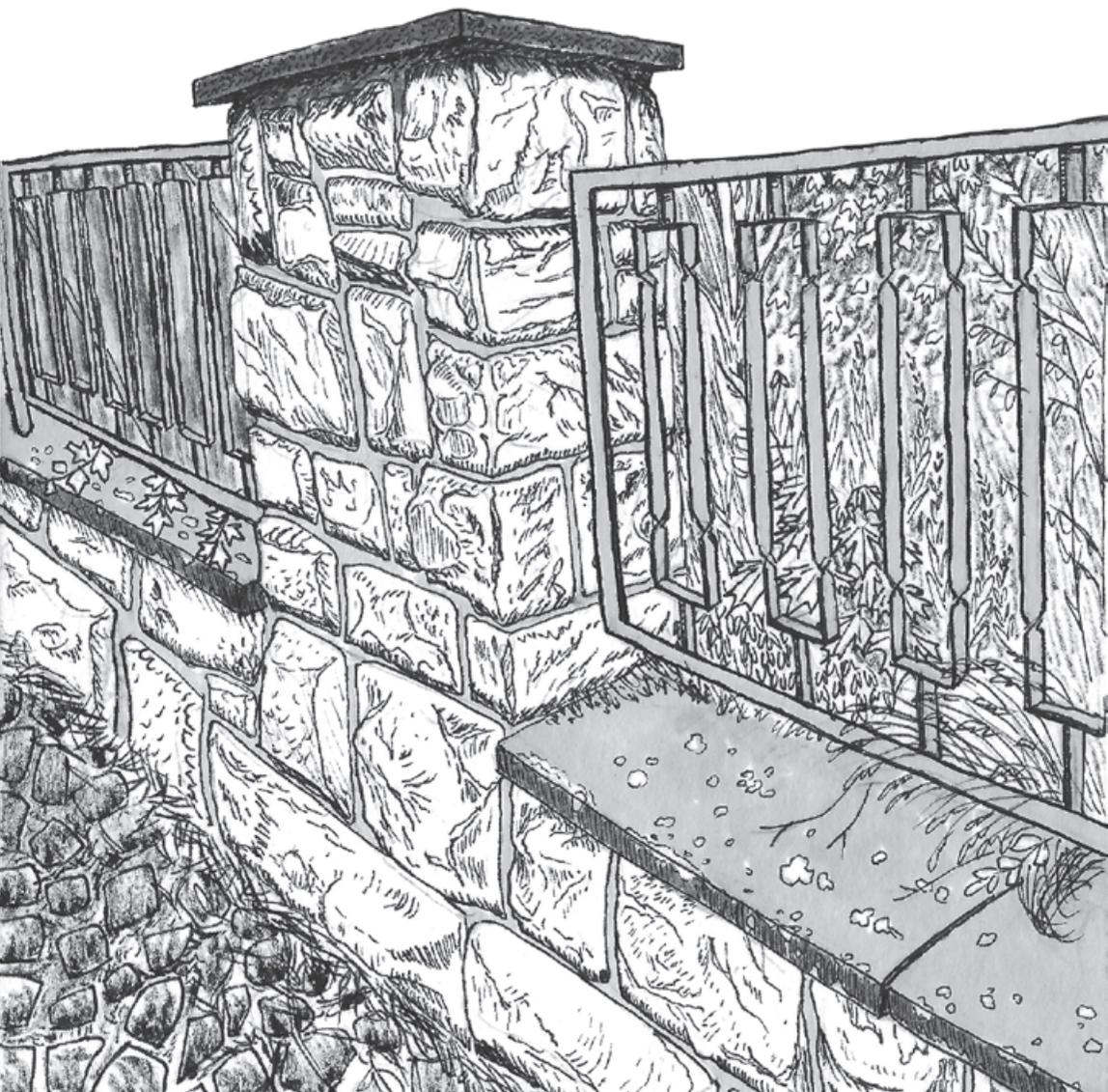
Die vorliegende Broschüre für eine Lichtenberger Gedenkkultur stellt das Todesopfer Kurt Schneider in den Mittelpunkt. Sie erscheint zusammen mit einer zweiten zu Eugenio Botnari. Wir setzen uns dafür ein, dass beiden Personen in Lichtenberg gedacht wird, mit einer Gedenktafel oder in einer anderen dauerhaft sichtbaren Form. Doch beide Schicksale sind nicht die einzigen Beispiele für die tödlichen Folgen rechten Denkens und Handelns. Wenn wir Schneider und Botnari nennen, dürfen wir Klaus-Dieter Reichert und die bisher namenlosen Opfer nicht vergessen.

Leider ist es uns bis heute nicht gelungen, Kontakt zu Familie oder Freund*innen von Kurt Schneider und Eugeniu Botnari aufzunehmen. Wir wünschen uns diesen Kontakt, um das Gedenken an sie persönlicher und würdevoller zu gestalten, um ihnen unser Mitgefühl für ihren Verlust und unsere Solidarität ausdrücken zu können.

Mit den Broschüren und Gedenkaktionen wollen wir einen Beitrag zur Gedenkkultur in Lichtenberg leisten, den Anfängen wehren und den Opfern rechter Gewalt gedenken. Nachbar*innen, Initiativen und Bündnispartner*innen laden wir ein, mit uns zusammen aktiv zu werden und unser Anliegen zu unterstützen. In kleinen Alltagssituationen

und großen politischen Aktivitäten, können wir rechten und rassistischen Ideologien Solidarität entgegensetzen.

*Redaktionskollektiv
„Aktives Gedenken in Lichtenberg“*



DER MORD AN KURT SCHNEIDER EINE CHRONOLOGIE

Von „Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg“ (AVL)

Der Berliner Bezirk Lichtenberg war bis vor einigen Jahren ein besonderer Brennpunkt rechter Gewalt. Dieser fiel auch Kurt Schneider zum Opfer, welcher in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober 1999 von einer Gruppe Neonazis aus sozialchauvinistischen Motiven ermordet wurde. Seit Beginn der 1990er Jahre sind in Berlin mindestens 20 Menschen aufgrund rassistischer und faschistischer Motive ermordet worden.

Zur Person Kurt Schneider

Über das Mordopfer Kurt Schneider ist nicht viel bekannt. Die wenigen Informationen stammen aus den Gerichtsakten. Bilder von ihm existieren nicht und es gab bisher keinen Kontakt zu Angehörigen. Kurt Schneider wurde 1961 in Königs Wusterhausen geboren. Er erlernte den Beruf des Maurers und war in diesem Beruf einige Zeit tätig. Bis 1994 lebte er bei seiner Mutter in einer Kleinstadt in Brandenburg. Dann zog er nach Berlin, wo er zunächst Sozialhilfe bezog. Nur kurze Zeit wohnte er in Lichtenberg.

Was war passiert?

Am Abend des 5. Oktober 1999 entschloss sich die Neonazi-Gruppe, die später Kurt Schneider ermordete, sich auf den Weg zu machen um politische Gegner*innen anzugreifen. Bis dahin hatten sie den Abend damit verbracht, sich gemeinsam in einem ehemaligen Neonazi-Treffpunkt, dem Café Chaplin (zuvor Café Germania) an der Ecke Normannenstraße/Ruschestraße, zu betrinken. Die darauffolgende Tour machte ihre politische Haltung deutlich: unter anderem wurde ein jugendlicher mit einer Bierflasche geschlagen, der nach ihrer Meinung wie ein „Hip-Hopper“ aussah. Vor einem besetzten Haus in der Samariterstraße provozierten sie zudem mit rechten Parolen und Hitlergrüßen.

Zurück in Lichtenberg hielten sie sich an einer Tankstelle (vermutlich an der Frankfurter Allee 214) auf. Dort wurden sie auf ihr späteres Opfer, Kurt Schneider, aufmerksam. Dieser sprach sie beiläufig

an und wurde daraufhin von den Neonazis gedomütigt und geschlagen. Schneider soll Alkoholprobleme gehabt haben, was die Täter wohl wahrnahmen und ihn deshalb auswählten. Nach einer „Versöhnung“ luden sie ihn in eine nahe Wohnung ein. Auf dem Weg dahin wurde er im ehemaligen Urnenhain am Hoenerweg zusammengeschlagen, gegen den Kopf getreten und letztlich ausgeraubt. Kurt Schneider blieb schwer verletzt am Boden liegen. Im Anschluss zogen sich die Täter in die Wohnung zurück. Nach einer kurzen Diskussion um die Folgen der Tat entschloss sich die Gruppe, Kurt Schneider zu töten. Sie kamen zurück und ermordeten ihn mit einem mitgebrachten Messer sowie Tritten gegen Kopf und Körper.

Täter, Urteil und Einordnung

Die Täter wurden schnell gefasst. Ausschlaggebend für das Auffinden waren eine Zeugenaussage zu einem „Sieg-Heil“-Ruf in der Nacht sowie Blutspuren und leere Bierflaschen auf dem Weg zur Wohnung des Mittäters Michael Voigt. Die Mordwaffe konnte im Innenhof des Hauses gefunden werden, nachdem sie offenbar aus dem Fenster geworfen wurde. Im Jahr 2000 wurden die vier Täter zu lebenslanger Haft (Michael Voigt und Manuel Sandmann) beziehungsweise zu acht (Björn Oberjartel) und zu achteinhalb Jahren (Carsten Ufer) wegen schweren Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und Mord verurteilt.

Die Neonazis waren teilweise einschlägig vorbestraft und rechneten sich selbst den sogenannten „Hammerskins“ zu. Björn Oberjartel gab an, bei der NPD organisiert zu sein. Manuel Sandmann gehörte zum Umfeld der „Kameradschaft Spree-wacht“ und war nach eigenen Angaben Gründer der Berliner „Kameradschaft 14/88“ sowie einer Neonaziband. Obwohl der politische Hintergrund der Täter im Rahmen der Ermittlungsarbeit und des Gerichtsprozesses thematisiert wurde, flossen diese Erkenntnisse nicht in die Urteilsbegründung

ein. Eine systematische Analyse, ob die Gruppe tatsächlich in Hammerskin-Strukturen eingebunden war, entfiel.

Wie auch bei vielen anderen rechten Übergriffen wurden beim Tod von Kurt Schneider die menschenverachtenden Motive der Täter nicht beachtet. Im Gegensatz zu dem, was Rechte oft suggerieren – dem Einsteigen für sozial schwache „Deutsche“, ist Sozialchauvinismus ein wichtiges Element rechter Ideologien. Menschen, die keine Anstellung haben, Sozialhilfe empfangen oder wohnungslos sind, gelten bei ihnen als „asozial“ und „minderwertig“. Dabei ist der Hass gegen soziale Randgruppen nicht nur in der neonazistischen Ideologie angelegt. Die Diskriminierung von Sozialhilfeempfänger*innen und Wohnungslosen ist ein strukturelles, gesamtgesellschaftliches Problem, was wiederum rechte Übergriffe befeuert. Der ideologische Kontext darf also gerade nicht ignoriert werden, begründet sich doch hier die exzessive Gewalt gegen sozial schwächer gestellte Menschen.

So wurde Kurt Schneider zunächst nicht als Mordopfer rechter Gewalt geführt und die Tathintergründe waren Antifaschist*innen lange Zeit nicht bekannt. Er wurde in einem anonymen Urnengrab auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde beigesetzt.

Was ist mit den Tätern geschehen?

Einige Hinweise deuten darauf hin, dass die extrem rechten Einstellungen und Kontakte der Täter auch nach der Inhaftierung fortbestanden: Oberjartel schrieb während seiner Haft einem anderen Inhaftierten einen Brief, in dem es um Rechtsrock-CDs geht, Ufer äußerte sich in mehreren beschlagnahmten Briefen rassistisch, Voigt schrieb an die Wand eines Warteraums „Voigt war hier. Grüße an alle Kameraden.“ Dabei verwendet er im Wort „Grüße“ SS-Runen.

Auch Manuel Sandmann scheint weiterhin bekennender Neonazi gewesen zu sein. So wurde er regelmäßig von Lichtenberger Neonazis in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel besucht. Allgemein galt diese JVA als „Neonazi-Streichelzoo“. Hier konnten laut damals inhaftierten Antifaschist*innen mehr als ein Dutzend Neonazis rund um den Sänger der Neonazi-Band Landser, Michael Regener, frei agieren und wurden durch JVA-Beamt*innen bevorzugt. Es hieß sogar, dass die Neonazis jeden zweiten Sonntag in der Kirche Kameradschaftstreffen abhalten konnten. Auch noch ein Jahr nach seiner Haftentlassung schien Sandmann laut Fotos Neonazi-Bekleidungsmarken zu bevorzugen.

Anerkennung als Opfer rechter Gewalt

Im Zuge der Studie „Klassifikation politischer rechter Tötungsdelikte – Berlin 1990 bis 2008“ des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, wurde Kurt Schneider 2018 sowie weitere Personen als Todesopfer rechter Gewalt nachträglich anerkannt.

Seit 2019 organisieren Antifaschist*innen ein Gedenken an Kurt Schneider. Dabei ist es Ziel, die Opfer und die Motive rechter Gewalt sichtbar zu machen. Das Gedenken gliedert sich in die Kampagne „Niemand ist vergessen“ ein, die eine Gedenkcampagne für die Opfer rechter Gewalt in Berlin darstellt.



DEN RECHTEN DEN RAUM NEHMEN. JEDEN TAG

Der Mord an Kurt Schneider 1999 war Ausdruck eines räumlichen wie ideologischen Machtanspruchs von Neonazis in Lichtenberg. Seine Mörder verstanden sich selbst als Angehörige einer Elite und waren in der „Kameradschaft 14/88“ organisiert. Als der damals arbeitslose Schneider sie im Vorübergehen ansprach, fühlten sie sich in ihrem Überlegenheitsdenken erschüttert. Das Empfinden der Täter, in Reaktion auf diesen Gruß zu äußerster Brutalität im Recht zu sein, hat mit der damaligen Situation in Lichtenberg zu tun: In den 1990er und frühen 2000er Jahren war der Bezirk bundesweit als rechter Kiez bekannt, Neonazis prägten das Stadtbild und versuchten offensiv, eine gewisse Vormachtstellung zu erlangen. Wie sah der Alltag in Lichtenberg in dieser Zeit aus und was hat sich seither verändert?

Lichtenberg als Nazi-Kiez – Die 1990er Jahre

Nach der Maueröffnung 1989 entstand ein gesellschaftspolitisches Vakuum, das auch Lichtenberger Nazistrukturen versuchten zur eigenen Stärkung zu nutzen. Mit Unterstützung aus Westdeutschland und Österreich besetzten Anhänger*innen der „Nationalen Alternative“ Anfang der 1990er Jahre mehrere Häuser im Weitlingkiez. Sie verkehrten in Jugendclubs oder Kneipen und besetzten den öffentlichen Raum. Einige Jugendclubs folgten damals dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit und boten den Neonazis Räume und Strukturen. So entwickelte sich insbesondere die Gegend um den S-Bahnhof Lichtenberg

zu einem bundesweit bekannten Anziehungspunkt für Neonazis. Unter anderem mit dem Pogrom in Rostock Lichtenhagen oder dem Brandanschlag in Mölln 1992 zeigte sich ein gesellschaftliches Klima, in dem Menschen, die nicht in das rechte Weltbild passen, fast täglich von Beleidigungen und Gewalt betroffen waren. Die potenziell tödlichen Folgen dieser Entwicklungen zeigen sich in Lichtenberg neben dem Mord an Kurt Schneider (1999) auch am Schicksal von Klaus-Dieter Reichert, der bereits 1990 durch Neonazis in den Tod getrieben wurde.

Die rechte Vormachtstellung bröckelt – Die 2000er Jahre

Waren in den 1999er Jahren noch Parteien prägend für organisierte Neonazistrukturen, entwickelte sich nach mehreren Partei-Verboten die Neonazi-Kameradschaft zur vorherrschenden Organisationsform. Neben der „Kameradschaft Spreewacht“, zu deren Umfeld mindestens einer der Mörder von Schneider zählte, gab es im Bezirk weitere Gruppierungen, wie die „Kameradschaft Germania“ und später die „Kameradschaft Tor“. Letztere entwickelten die Aktionsform der „Autonomen Nationalisten“. Sie trugen damit entscheidend zu einer Neuausrichtung der deutschen Neonaziszene bei: weg von Glitz- und Springerstiefeln, hin zu Kapuzenpulli und Hip-Hop-Musik. Die rechte Alltagskultur entwickelte sich in Lichtenberg kontinuierlich weiter. Trauriger Höhepunkt waren mehrere Angriffe auf Lokalpolitiker*innen der Linkspartei im Jahr 2006.



Daraufhin folgte eine breite antifaschistische Kampagne unter dem Titel „Hol dir den Kiez zurück“. Gezielt wurden Anwohner*innen und Gewerbetreibende im Weitingkiez angesprochen und aufgefordert, gegen die lokalen Neonazis aktiv zu werden. Der sichtbarste Erfolg der Kampagne war das Aus der Neonazi-Kneipe „Kiste“ 2008. Im selben Jahr wollten die Neonazis für ein „nationales Jugendzentrum“ durch den Bezirk marschieren. Hunderte Menschen gingen dagegen auf die Straße. Zusammen mit der damaligen Lichtenberger Bezirksbürgermeisterin blockierten sie die Route. Aus diesen Protesten ging das Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz hervor. Der Mythos von der Neonazi-Hochburg war damit nachhaltig beschädigt.

Ein letztes Aufbäumen – Die Lückstraße 58

Unter dem steigenden Druck verlagerte sich der Schwerpunkt der Lichtenberger Neonazis. Nach dem Verbot der „Kameradschaft Tor“ 2005, reorganisierten sie sich im stadtweiten Zusammenschluss „Nationaler Widerstand Berlin“. Diese Gruppierung war in den Folgejahren für etliche Aufmärsche, Angriffe und Anschläge verantwortlich. Zeitgleich wurde der Treptower Stadtteil Schöneweide zur neuen Nazi-Hochburg. Doch ganz wollten die Neonazis Lichtenberg nicht aufgeben. Im Jahr 2011 mieteten Personen aus dem „Nationalen Widerstand“ mit dem Tarnverein

„Sozial engagiert in Berlin“ ein Ladenlokal in der Lückstraße 58. Schnell wurde der Laden zu einem der wichtigsten Anlaufpunkte der Berliner Szene. Anders als noch in den 1990er Jahren formierte sich jedoch ein deutlicher Widerstand. Es kam zu zahlreichen Aktionen gegen den Laden und das Bündnis für Demokratie und Toleranz trat mit der Kampagne „Bunter Wind für Lichtenberg“ in die Öffentlichkeit. Durch das vielfältige Engagement musste der Laden nach drei Jahren schließen. Das war ein weithin sichtbares Zeichen, dass es Neonazis inzwischen in Lichtenberg schwer haben.

Nazi-Kiez no more – Situation heute

Insgesamt sind die Räume für Neonazis in Lichtenberg kleiner geworden. Viele Läden und sonstige Treffpunkte mussten schließen. Beispiele hierfür sind Bekleidungsgeschäfte, wie der „Wearwolf“ (Hohenschönhausen) und das „Horrido“ (Friedrichsfelde), oder Kneipen, wie die „Kiste“ und der „Germanenhof“ (Hohenschönhausen). Viele aktive Neonazis haben den Bezirk verlassen oder sind nicht mehr in der Öffentlichkeit aktiv. Die NPĐ hat bei den Wahlen 2015 ihre Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung verloren und ist seitdem im Bezirk politisch weitestgehend bedeutungslos. Der letzte Aufmarsch der extremen Rechten fand im Jahr 2018 statt. Selbst Aufkleber in den Straßen verschwinden schnell.



Dennoch versuchen Neonazis weiterhin, den „Mythos Weitlingkiez“ wiederzubeleben, allen voran die Partei „Der III. Weg“. Auch einige langjährige Neonazi-Treffpunkte, wie die Kneipe „Sturgis“ oder das Tattoo-Studio „Utgard“, existieren bis heute.

Keine Entwarnung

Nur weil Neonazis weniger sichtbar sind, heißt es nicht, dass die dahinterliegende Weltsicht verschwunden ist. Dies zeigte sich beispielsweise bei den rassistischen Demonstrationen gegen die Unterbringung Geflüchteter im Jahr 2015 in Hohenschönhausen. Auch die Wahlerfolge der AfD im Bezirk belegen, wie anschlussfähig eine Politik ist, die Menschen grundsätzlich als nicht gleichwertig betrachtet. Die jährlichen Auswertungen des „Lichtenberger Registers“ dokumentieren die Alltäglichkeit von Rassismus und rechter Gewalt. Das beginnt mit Stickern oder Graffiti, geht über Beleidigungen bis hin zu körperlichen Übergriffen. Darin zeigen sich auch die Trends, die deutschlandweit und über einen längeren Zeitraum in den sogenannten Mitte-Studien analysiert werden: eine besonders weite Verbreitung der Abwertung von Rom*nja und Sinti*zze (26%) sowie rassistischen (19%) und anti-muslimischen Einstellungen (19%) in der Bevölkerung.

Die tödlichen Folgen von Rassismus gehören nicht der Vergangenheit an. Im Jahr 2016 verletzte der Filialleiter des Edeka-Marktes im Bahnhof Lichtenberg Eugeniu Botnari tödlich, nachdem dieser beim Ladendiebstahl beobachtet worden sein soll. Das Opfer wurde aufgrund der ihm zugeschriebe-

nen Herkunft sowie des sozialen Status der Bahnhofsszene zugeordnet – die Gewalt eskalierte. Ein öffentlicher Aufschrei blieb nahezu aus. Stattdessen hetzte die AfD wenige Monate nach der Tat in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung noch gegen „das Klientel“ am Bahnhof aus „Obdachlosen und oberflächlich ausgedrückt Asylanten“.

Ansätze für eine solidarische Kiezkultur

Schon in den 1990er Jahren gab es antifaschistische Gruppen, die sich den Neonazis in Lichtenberg entgegenstellten. Vieles hat sich in Lichtenberg seither verändert. Im ehemaligen „Nazi-Kiez“ gibt es heute zahlreiche Menschen, die sich vielfältig gegen Rassismus und die extreme Rechte engagieren. Auch wenn es kaum noch Neonazi-Infrastruktur gibt, versuchen rechte Aktivist*innen ihr (Wohn-)Umfeld zu markieren und schrecken auch vor Angriffen nicht zurück. Rassistische Gewalt ist weiterhin an der Tagesordnung.

Wann immer Menschen von Neonazis und Rassist*innen angegangen werden, brauchen sie Solidarität. Im Zentrum müssen die Opfer und nicht die Täter*innen stehen. An diesem Punkt muss eine solidarische Kiezarbeit ansetzen. Wer einen Beitrag dazu leisten möchte, hat in Lichtenberg viele Anlaufstellen.



WER WAR KLAUS-DIETER REICHERT?

Der damals 24-Jährige Klaus-Dieter Reichert starb am 11. Dezember 1990 bei einem Sprung aus dem zehnten Stock eines Hochhauses. Zuvor hatten ihn drei Neonazis in der Wohnung eines Bekannten aufgesucht und brutal zusammengeschlagen, um Schulden einzutreiben. Aus Panik sprang das Opfer aus dem Fenster und starb. Zwar bewegte sich Reichert selbst am Rande der rechten Skinhead-Szene, seine Zugehörigkeit zum Tatzeitpunkt ist aber nicht eindeutig geklärt.

Zeug*innen im Gerichtsverfahren ordneten Reichert vielmehr der „asozialen Bahnhofsszene“ zu. Bekannt ist, dass sich Reichert unregelmäßig an Betrugsdelikten beteiligte. In diesem Zusammenhang soll er Geld für sich einbehalten haben, das die Täter zurückforderten. Da der Neonazi-Hin-

tergrund seiner Täter durch das Gericht als nicht ausschlaggebend für die Tat betrachtet wird, ist Klaus-Dieter Reichert bis heute nicht als Opfer rechter Gewalt anerkannt.

Allein die Aktenlage ist für eine umfängliche Betrachtung nicht ausreichend. Die Neonazi-Ideologie der Täter ist mit einem erhöhten Hang zur Gewalt verbunden, die sozialchauvinistische Komponente scheint die besondere Brutalität gegen Reichert begünstigt zu haben. Wir gehen also davon aus, dass die Neonazis grundsätzlich in Konflikten eher dazu geneigt sind, ihre Opfer zu entmenschlichen und mit äußerster Brutalität gegen sie vorzugehen- und Klaus-Dieter Reichert deswegen Opfer rechter Gewalt wurde.

„SOLCHE TATEN NICHT ALS VERGANGENES VERGESSEN“

Ein Interview mit der Gedenkgruppe der „Antifaschistischen Vernetzung Lichtenberg“ (AVL)

Obwohl es in Lichtenberg in den vergangenen dreißig Jahren mehrere Todesopfer von Neonazis gab, sind diese weitestgehend unbekannt. Namen wie Klaus-Dieter Reichert, Kurt Schneider oder Eugeniu Botnari sagen nur wenigen Menschen im Bezirk etwas. Auch im Stadtbild sind sie nicht sichtbar. Dennoch entstanden in den letzten Jahren einige Initiativen, die das ändern wollen. Eine davon ist die „Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg“. Sie hat sich bisher auf das Gedenken an Kurt Schneider konzentriert, der am 06. Oktober 1999 von Neonazis ermordet wurde.

Habt ihr Kurt Schneider gekannt oder warum organisiert ihr ein Gedenken an ihn?

Nein, dafür sind wir größtenteils zu jung. Dennoch geht uns sein Schicksal nahe. Er wurde getötet, weil die rechten Täter*innen ihn als nicht gleichwertig betrachteten. Das zeigt, Neonazi-Gewalt kann im Grunde alle treffen, die nicht in das menschenverachtende Weltbild passen. Zum Teil haben wir das selbst, unsere Freund*innen oder Bekannte ebenfalls erfahren müssen. Mit der Gedenkarbeit wollen wir aber nicht den Mord an einem uns unbekanntem Menschen instrumentalisieren. Der Tod von Kurt Schneider ist für uns vielmehr eine Mahnung, die als Erinnerung wachgehalten werden muss. Neonazis und andere Rechte morden weiterhin. Nur wenn uns das bewusst ist, können wir unser Zusammenleben so gestalten, dass so etwas in Zukunft vielleicht nicht mehr einfach so passieren kann.

Kurt Schneider wurde vor über zwanzig Jahren ermordet. Es gab lange kein Gedenken. Was sind die Gründe dafür?

Obwohl der politische Hintergrund der Täter*innen bekannt war, wurde ihre Tat vor Gericht nicht als neonazistischer Mord bewertet. Es gab einige Stellen, die Schneider als Opfer rechter Gewalt geführt haben, in Lichtenberg geriet er aber wegen fehlender offizieller Anerkennung mehr oder weniger in Vergessenheit.

Das hat viel mit Verdrängung zu tun. Die Menschen, auch die politisch Verantwortlichen, wollten sich nicht mit Morden durch Neonazis beschäftigen, weil das ein schlechtes Licht auf den Bezirk werfen könnte. Kurt Schneider war für sie einfach ein Toter von vielen. Daneben spielt auch die abwertende Wahrnehmung seiner Person eine Rolle. So traurig es klingt, aber es gibt wenig Menschen, die sich für die Anerkennung eines Arbeitslosen einsetzen würden. Da spielt auch rein, dass es keine Angehörigen oder Freund*innen gab, die ein Gedenken initiiert hätten. Auch wir haben lange nichts von dem Mord gewusst.

Warum wird es jetzt thematisiert?

Erst 2015 gab die Berliner Polizei ein Gutachten zur wissenschaftlichen Neubewertung der politischen Hintergründe mehrerer Morde in Auftrag, darunter der an Kurt Schneider. Die Forscher*innen kamen zu dem Schluss, dass die Neonazi-Ideologie der Täter Auslöser für den Mord war. Inzwischen ist Kurt Schneider offiziell von der Bundesregierung als Opfer rechter Gewalt anerkannt. Wir sind erst über das Gutachten auf den Fall aufmerksam geworden. Wir waren ehrlich gesagt entsetzt, dass so etwas einfach vergessen werden konnte. Also haben wir 2019 selbstständig ein Gedenken organisiert.

Wie sah das Gedenken bisher aus und wie soll es in Zukunft gestaltet werden?

Wir fingen an, die Informationen zum Mord zusammenzutragen und selbst zu recherchieren. Daraus haben wir eine Veranstaltung erarbeitet, um die Menschen im Bezirk über das Schicksal von Schneider zu informieren. Das ist auch die Grundlage für die vorliegende Broschüre. Anlässlich des zwanzigsten Todestages haben wir eine Gedenkundgebung am ehemaligen Urnenfriedhof organisiert. Etwa fünfzig Menschen nahmen teil. Leider waren trotz Einladung keine Vertreter*innen der Bezirkspolitik anwesend.

Am Ende der Kundgebung wurden Blumen niederlegt und die Errichtung eines Gedenkortes gefordert. Das ist besonders wichtig. Ein Gedenken, das nur einmal im Jahr stattfindet, kann kaum dauerhaft etwas verändern. Jeder Tag muss ein kleiner Gedenktag sein.

Was meint ihr, wenn ihr von einem dauerhaften Gedenken sprecht?

Fürs Erste setzen wir uns für eine Gedenktafel am Eingang des ehemaligen Friedhofs ein. Es wäre ein wichtiges Zeichen im Stadtbild, das Geschichte sichtbar macht. Wir verstehen Gedenken als Möglichkeit, sich an Menschen zu erinnern und ihnen über den Tod hinaus einen Platz im eigenen Leben zu geben. Das gilt ebenso für das Leben im Kiez. Eine solche Tafel würde Schneider einen Platz im Alltag geben, auch stellvertretend für andere Opfer rechter Gewalt. Dabei geht es nicht darum, Lichtenberg als „Nazi-Kiez“ zu brandmarken, im Gegenteil. Die Situation im Bezirk ist heute eine andere als noch vor zwanzig Jahren. Das ist das Resultat der Anstrengungen vieler unterschiedlicher Menschen. So eine Tafel ist auch eine Erinnerung daran, sich jeden Tag aufs Neue gegen Menschenfeindlichkeit und für eine auf der Anerkennung von Gleichheit aufbauenden Gesellschaft einzusetzen.

Wie kommt ihr mit dem Projekt voran?

Eigentlich war es unser Ziel, bereits zum 21. Jahrestag des Mordes eine Gedenktafel zu enthüllen. Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Ausnahmesituation wird daraus leider nichts. Dennoch waren die Rückmeldungen im Bezirk auf unser Projekt bisher sehr aufgeschlossen und wir konnten einige Unterstützer*innen gewinnen. Die gesamte Situation ist in Lichtenberg viel positiver als in anderen Bezirken, wo Initiativen stärker für Gedenkort kämpfen müssen. Es zeigt deutlich, wie sich das politische Bewusstsein verändert

hat. Momentan haben wir einen Antrag bei der Lichtenberger Gedenktafel-Kommission gestellt. Wir gehen davon aus, dass dieser angenommen wird und wir dann bald an die konkrete Gestaltung der Tafel gehen können.

Habt ihr noch weitere Ziele?

Diese Gedenktafel ist nur ein Anfang. Es gab in Lichtenberg weitere Opfer rechter Gewalt. So kam Klaus-Dieter Reichert 1990 durch Neonazis zu Tode. Anders als Schneider wurde er nicht offiziell als Opfer von Neonazis anerkannt. Wir wollen trotzdem ein würdiges Gedenken etablieren. Zugleich zeigt die tödliche, rassistische Tat an Eugeniu Botnari 2016 die traurige Aktualität rechter Gewalt. Wir unterstützen die Idee der Gedenkinitiative, eine Gedenktafel am Bahnhof Lichtenberg anzubringen oder sogar den Bahnhofsvorplatz nach ihm zu benennen. Daneben organisieren wir uns in der berlinweiten Kampagne „Niemand ist vergessen“, die Informationen zu unterschiedlichen rechten Morden zusammenträgt und auf ihrer Homepage bereitstellt. Für uns ist die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen wichtig, um von ihnen zu lernen und unsere Erfahrungen auszutauschen. Vielfältige Gedenkarbeit an die Opfer von Neonazi-Gewalt kann etwas dazu beitragen, dass sich die Schicksale der Betroffenen nicht wiederholen müssen.

NIEMAND IST VERGESSEN - EINE WEBSEITE FÜR DIE OPFER RECHTER & RASSISTISCHER GEWALT IN BERLIN

Von der Berliner Gedenkkampagne für Opfer rechter Gewalt
„Niemand ist vergessen“

Rechte und rassistische Morde sind insbesondere seit der deutschen Wiedervereinigung ein alltägliches Phänomen. Wir wollen dies am Beispiel Berlin sichtbar machen, denn diese Morde passieren nicht in weiter Entfernung, sondern hier vor Ort. Berlin stellt mit fast 20 bekannten rechten und rassistischen Todesopfern einen der Schwerpunkte rechter Gewalt in Deutschland dar.

Angehörige und Freund*innen der Geschädigten beklagen dabei vielfach den fehlenden Schutz der Opfer durch Polizei und Justiz. Diese sind offenbar vielmehr damit beschäftigt, die Motivation rechter und rassistischer Gewalt zu verschleiern, indem sie das Narrativ der „Einzeltäter*innen“ festigen und sich bemühen, den organisierten Hintergrund vieler dieser Taten unsichtbar zu halten. So verhindern sie die effektive Bekämpfung und schützen jene, die sie ausüben. Es sind insbesondere Staats- und Verfassungsschutz, die über das V-Leute-System Strukturen rechter Täter*innen stärken und finanzieren.

Vereinzelt gibt es Gedenkinitiativen, die sich der Arbeit zur Erinnerung und Mahnung an die Taten widmen. Sie führen regelmäßig Veranstaltungen durch, setzen sich für die Umbenennung von Straßen und Plätzen ein oder schaffen Gedenkort. In Berlin sind dies unter anderem das Gedenken an Silvio Meier, Dieter Eich und Günter Schwannecke. In anderen Fällen kam es kurzzeitig nach den tödlichen Angriffen zu Demonstrationen und Kundgebungen, welche oft durch die verharmlosenden Gerichtsprozesse ausgelöst wurden. So war es unter anderem nach den Morden an Ufuk Şahin (1989), Mahmud Azhar (1990), Mete Ekşi (1991) und Nguyễn Văn Tú (1992) sowie nach dem Tod von Anneck E. (2014).

Das ungestörte Morden des NSU über ein ganzes Jahrzehnt, schockierte auch uns: mindestens zehn

Menschen wurden ermordet, die Opfer und ihre Angehörigen verleumdet und anstelle der Täter*innen beschuldigt sowie verfolgt, ohne dass sich eine kritische Öffentlichkeit dagegen stellte. Opfer rechter Gewalt und ihre Angehörigen sollen nie wieder auf diese Art allein gelassen werden. Das Gedenken an fast vergessene Fälle wurde seitdem wieder aufgenommen. So kam es in den letzten Jahren zu Gedenkaktivitäten und Veranstaltungen an Mahmud Azhar (Lichterfelde), Nguyễn Văn Tú und Nguyễn Tân Dũng (beide Marzahn), Ufuk Şahin und Beate Fischer (beide Reinickendorf) sowie Kurt Schneider (Lichtenberg). Dabei setzt sich die Kontinuität rassistischer Todesopfer in Berlin fort: Burak Bektaş (2012) und Luke Holland (2015) in Neukölln sowie Eugeniu Botnari (2016) in Lichtenberg.

Seit Frühjahr 2019 treffen sich Vertreter*innen unterschiedlicher Gedenkinitiativen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt in Berlin, um das Projekt einer gemeinsamen Webseite vorzubereiten. Dazu sind alle Gruppen herzlich eingeladen, die sich ebenfalls der Gedenkarbeit in ihrem Kiez angenommen haben. Es ist wichtig, dass bei unserem Gedenken die Opfer im Vordergrund stehen. Daher sind wir, wo es möglich ist, um gute Kontakte zu Angehörigen und Freund*innen bemüht. Ebenfalls sollen unsere Positionierungen gegen rechte und rassistische Gewalt und die Verantwortung der Gesellschaft sowie staatlicher Institutionen für Rassismus, Faschismus und Sozialchauvinismus sichtbar gemacht werden.

Das Projekt ist ein kontinuierlicher Prozess und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Gerne können neue Gedenkinitiativen dazu stoßen oder sich Menschen melden, die eine der vorgestellten Personen näher kennen und darüber sprechen möchten.

KEIN MENSCH IST „ASOZIAL“ – ZU KONTINUITÄTEN EINER VERUNGLIMPFGUNG

Von Anne Allex

Die Morde an Kurt Schneider und Eugeniu Botnari waren mehr als nur traurige Einzelfälle. Seit 1990 sind in der BRD zahlreiche Menschen von Neonazis als vermeintlich „Asoziale“ umgebracht worden: z.B. Dieter Eich in Berlin-Buch (2000) oder Emil Wendland in Neuruppin (1992). Diese Fälle verdeutlichen, dass die Abwertung von Personen aufgrund des ihnen zugeschriebenen sozialen Status ein wesentliches Element rechter Weltvorstellungen ist. Die gesellschaftlich weit verbreiteten Vorstellungen von Nützlichkeit münden in verschiedene Ausgrenzungsmechanismen.

Die Marginalisierung von Menschen anhand von Fragen wie „Wer ist nützlich?“ oder „Wer ist minderwertig?“ weist in der Geschichte vielfältige Kontinuitäten und Brüche auf. Angehörige sogenannter subproletarischer Schichten wurden vielfach als „Missliebige“ und „Unangepasste“ benannt, behandelt oder unter bestimmten ideologischen Zwecksetzungen instrumentalisiert. Der Begriff „asozial“ erlebt beispielsweise in Deutschland eine Renaissance. Hiervon zeugen etliche Äußerungen über und Bewertungen von Sozialleistungsbeziehenden in der jüngeren Vergangenheit. In diesem Beitrag werden einige Entwicklungen beispielhaft benannt und Fragen zu Parallelen und Unterschieden der Verwendung dieses Begriffes gestellt.

Der weitgefächerte Begriff „Asozialität“ ist im Alltagsdenken und in politisch-ideologischen Meinungsäußerungen nach wie vor präsent. Immer noch wird er auf alle diejenigen angewendet, die während der NS-Zeit als „asozial“ bezeichnet wurden, z.B. Wohnungslose, Rom*nja und Sinti*zze, Alkoholranke. Seit den 1990er Jahren wurden immer wieder Wohnungslose übel beschimpft, sogar ge- oder erschlagen. Offensicht-

lich sind im Alltagsbewusstsein von Bundesbürger*innen Vorbehalte, Denkweisen, Klischees und herabwürdigende Redewendungen aus der Zeit des Nationalsozialismus erhalten, konserviert, übertragen und übernommen worden. In der jüngeren Vergangenheit zeigte sich dies auch im Umgang mit „Gammlern“ und Punks in der BRD, aber auch mit „Asozialen“ und „Sozial-schmarotzern“ in der DDR oder mit der heutigen Normalität der prekär Beschäftigten in Niedriglohnjobs. Selbst Homosexuelle werden bisweilen wieder als Asoziale bezeichnet.

Als Lügner*innen hingestellt

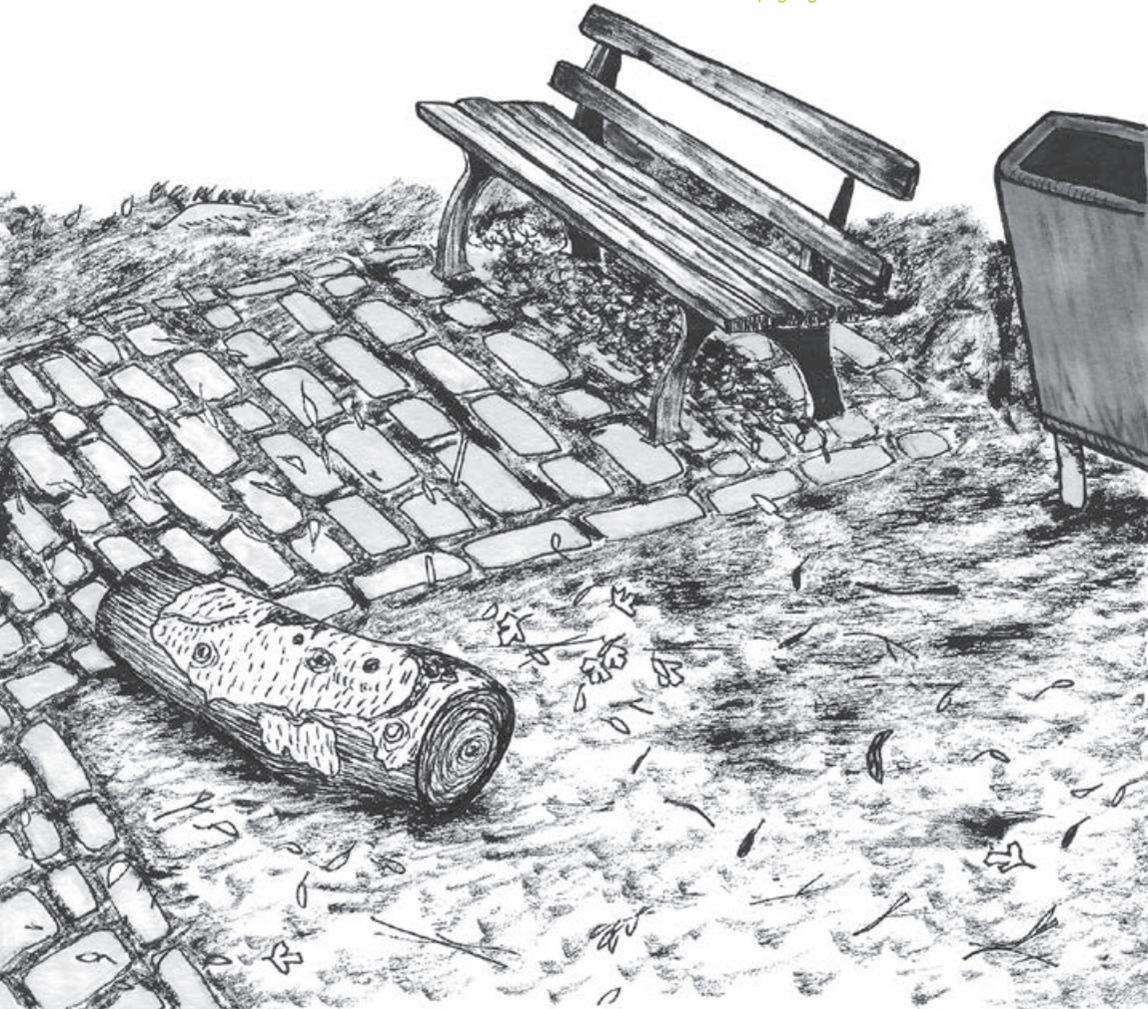
Heute werden besonders Erwerbslosen und Bedürftigen Taten und Unterlassungen unterstellt, die nicht in ihrer Verantwortung liegen oder die erlogen sind. Erinnert sei hier an die polemische Medienberichterstattung 2003 über „Florida-Rolf“, der jahrelang um seine Rechte nach dem Bundessozialhilfegesetz kämpfen musste. Aufmerken ließ auch ein Report des Bundeswirtschaftsministeriums 2005 mit dem Titel „Vorang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‘Abzocke’ und Selbstbedienung im Sozialstaat“. Erwerbslose wurden mit Parasiten verglichen, Sozialberater*innen als „Helfershelfer“ sowie „Anstifter“ zu Sozialleistungsmisbrauch verunglimpft und ALG-II-Beziehende allgemein als Lügner*innen hingestellt. Letzteres betraf ihre Angaben zu Bedarfsgemeinschaften und zur Herbeiführung des Sozialleistungsbezuges. Verdächtigt wurden ALG-II-Beziehende als „Phantomwohnungsmieter, Vermögensverdunkler, Einkommensverschweiger, singende Cabriobesitzer, Abzocker und Sozialleistungsschnorrer.“

Ein weiteres Beispiel ist Henrico Frank, dessen Weigerung zur Annahme nicht zumutbarer Erwerbstätigkeiten 2007 herabwürdigend durch die Presse gezerzt wurde. Dass er zu den meist körperlich schweren Jobs überhaupt nicht in der Lage war, wurde kaum erwähnt. Dem voraus ging die Aufforderung des damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck an Henrico Frank, sich zu waschen und zu rasieren, damit er angeblich seine Chancen auf einen Arbeitsplatz in Eigeninitiative vergrößere. Die Politik pflegt Klischees und stachelt den Zorn gegen Menschen an, bei denen nach Grundgesetz „eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist“, woraus der Allgemeinheit „besondere Lasten entstehen würden“ (Art. 11 Abs. 2 GG).

Ausgrenzung überwinden

Die Auseinandersetzung mit der Kontinuität der verschiedenen Diskriminierungsformen, wie sie hier schlaglichtartig angedeutet wurde, ist politisch wichtig. Sie muss das Ziel verfolgen, die Menschen zum Nachdenken über Ausgrenzung zu bringen, um Formen der Verfolgung wie im Nationalsozialismus zu verhindern. Nur so können Diskussionsangebote geschaffen werden, um mit dem Denken, dass Menschen „minderwertig“ und „überflüssig“ seien, zu brechen.

*Anne Alex arbeitet zur Geschichte und Gegenwart sozialrassistischer Abwertung. Zusammen mit anderen Autor*innen veröffentlichte sie u.a. die Sammelbände „ausgesteuert, ausgegrenzt...angeblich asozial“ sowie „Sozialrassistische Verfolgung im deutschen Faschismus“.*



WAS TUN GEGEN NAZIS?

TIPPS FÜR EINEN SOLIDARISCHEN UMGANG BEI NAZIAKTIVITÄTEN

Von Lichtenberger Jugendantifa (LiJA)

Das öffentliche Bild von Lichtenberg hat sich in den letzten Jahren massiv gewandelt. Der Kiez gilt nicht mehr als Nazi-Hochburg. Stattdessen haben sich im Bezirk immer mehr solidarische Strukturen und linke Projekte etabliert. Eines davon ist unsere Gruppe für antifaschistische Jugendliche aus Lichtenberg.

Aber auch heute noch kommt es regelmäßig zu rassistischen, antisemitischen, homo- und transfeindlichen Beleidigungen oder Angriffen. Neonazis und andere Menschenfeinde bedrohen weiterhin ihre politischen Gegner*innen sowie Menschen, die sich offen gegen rechts positionieren. Diese Situation wollen wir nicht unwidersprochen hinnehmen. Weder hier im Kiez noch anderswo sollen (extreme) Rechte andere Menschen einschüchtern und ihre menschenverachtende Ideologie offen ausleben können. Daher rufen wir alle Anwohner*innen auf, im Fall von Übergriffen nicht zu schweigen oder wegzusehen. Zusammen können wir rechter Gewalt solidarisch entgegen treten. Hier folgen ein paar Tipps, die für uns sehr hilfreich waren.

Es gibt immer viele Möglichkeiten, Betroffene zu unterstützen

Was verstehen wir eigentlich unter einem „Übergriff“? Ein Übergriff kann nicht nur ein direkter körperlicher Angriff oder eine Beleidigung sein. Auch strukturelle Gewalt wie ungerechtfertigte Polizeikontrollen können übergriffig und einschüchternd sein, wenn diese nur aufgrund äußerlicher Merkmale der Betroffenen geschehen (sogenanntes Racial Profiling).

1) Helfen und Nicht-Allein lassen:

Bietet den Betroffenen eure Hilfe an, ohne euch selbst unnötig in Gefahr zu bringen. Lasst die Personen nicht allein. Positioniert euch, ohne euch auf Diskussionen mit Täter*innen oder Passant*innen einzulassen. Tauscht bei Bedarf Kontakte aus, um euch später zu vernetzen.

2) Hilfe holen:

Holt euch Hilfe und macht weitere Personen auf die Situation aufmerksam. Als Gruppe seid ihr stärker!

Auch danach könnt ihr aktiv bleiben:

3) Dokumentieren:

Dokumentiert den Übergriff, indem ihr beispielsweise Fotos macht (nur wenn es sich anbietet) oder im Nachhinein ein Protokoll mit euren Erinnerungen schreibt. Meldet das Geschehen beim Lichtenberger Register und der Beratungsstelle ReachOut.

4) Gemeinsam Öffentlichkeit schaffen:

Wendet euch an antifaschistische Gruppen im Kiez, um Übergriffe gemeinsam sichtbar zu machen und den Betroffenen eine Stimme zu geben, z.B. durch Plakate oder Kundgebungen.

5) Widersprechen:

Zeigt, dass Menschenfeindlichkeit nicht unwidersprochen bleibt, denn wer schweigt, stimmt zu!

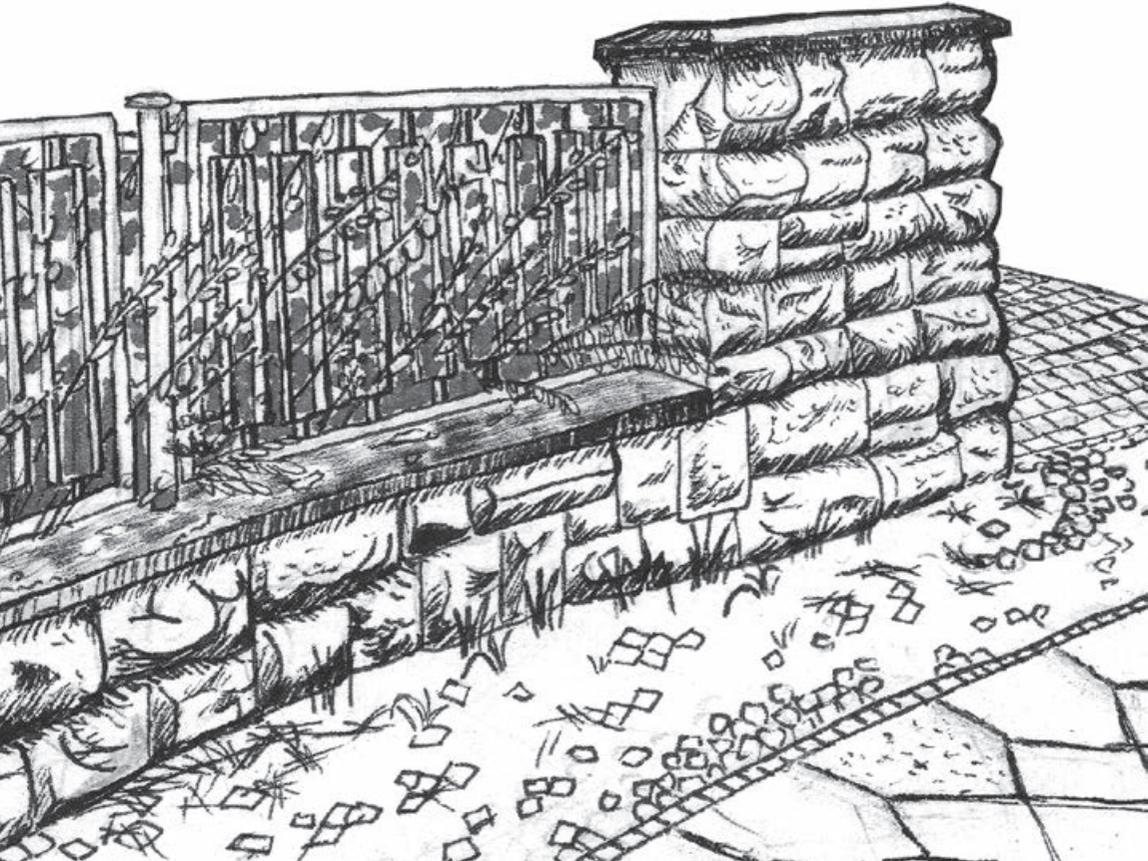
Wie nehmen wir Nazis, Rassist*innen und anderen Menschenfeinden ihre Wohlfühlzone?

- Meldet Aktivitäten von Nazis oder anderen Rechten (auch wenn aus der Nachbarwohnung wieder lautstark Rechtsrock tönt) so wie ihre Treffpunkte an lokale antifaschistische Gruppen.
- Dokumentiert rechte Propaganda (Flyer, Sticker, Plakate) und schickt sie an das Lichtenberger Register. Hilfreiche Kontaktadressen befinden sich am Ende dieser Broschüre.
- Werdet aktiv: Nazi-Sticker oder Plakate abreißen oder überkleben, rechte Sprüche nicht unkommentiert lassen, rechten Parteien die Öffentlichkeit nehmen. Bringt euch dabei nicht unnötig in Gefahr. Trefft euch mit Freund*innen, um den Kiez selber zu gestalten.

- Vernetzt euch und redet mit euren Nachbar*innen, Freund*innen oder Kolleg*innen: Haben sie schon rechte Übergriffe erlebt? Könnt ihr euch gegenseitig unterstützen? Oder zusammen aktiv werden?

Wir wünschen uns einen Kiez, in dem wir solidarisch miteinander leben können und aufeinander achten. Wir wollen, dass sich alle Menschen im Kiez wohlfühlen, unabhängig davon wie sie aussehen, unabhängig von ihrer Sprache, Herkunft, Geschlecht, sexuellen Orientierung oder ihres Glaubens.

Der Kiez schaut nicht weg. In Lichtenberg ist kein Raum für rechte Hetze!



WEITERFÜHRENDE KONTAKTE

FÜR ENGAGIERTE & INTERESSIERTE:

Aktiv in Lichtenberg e.V.

... nutzt und gestaltet die öffentlichen Räume des Hausprojektes Magdalenenstraße 19 mit dem Ziel, einen generationsübergreifenden Austausch im Stadtteil zu ermöglichen.

plattenkosmos.berlin | Mail: info@plattenkosmos.berlin

Amaro Foro e.V.

... ist ein transkultureller Jugendverband von Roma und Nicht-Roma.

amaroforo.de | Mail: info@amaroforo.de

Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg (AVL)

... ist ein Zusammenschluss von antifaschistisch aktiven Menschen in Lichtenberg.

vernetzunglichtenberg.blackblogs.org |

Mail: lberg_vernetzung@riseup.net

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin

... ist eine Initiative von Erwerbslosen und prekären Menschen für alle, die eine parteiliche Beratung, Begleitung, Unterstützung und Organisation suchen.

basta.blogsport.eu | Mail: basta@systemli.org

Bunter Wind für Lichtenberg

... ist eine Lichtenberger Kampagne für gelebte Vielfalt und gegen Diskriminierung.

bunterwind-lichtenberg.org |

Mail: lichtenbergerbuendnis@web.de

Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke

... fördert seit 2002 das Engagement von Menschen für ein offenes und solidarisches Gemeinwesen in Lichtenberg.

licht-blicke.org | Mail: mail@licht-blicke.org

Lichtenberger Jugendantifa (LiJa)

... ist eine antifaschistisch-feministische Gruppe im Raum Lichtenberg.

lija.blackblogs.org | Mail: lija@riseup.net

Lichtenberger Register

... dokumentiert und analysiert extrem rechte und diskriminierende Vorfälle in Lichtenberg.

berliner-register.de/lichtenberg |

Mail: register@licht-blicke.org

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) Berlin

... bietet allen Menschen in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur engagieren.

www.mbr-berlin.de | Mail: info@mbr-berlin.de

Niemand ist vergessen Berlin

... ist ein Zusammenschluss von verschiedenen lokalen Gedenkinitiativen in Berlin.

berlin.niemandistvergessen.net |

Mail: niemandistvergessen@riseup.net

Opferfonds CURA - für Betroffene rechter Gewalt

... zur finanziellen Unterstützung von Betroffenen rechtsradikaler, rassistischer, antisemitischer und anderer vorurteilsmotivierter Angriffe.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/opferfonds-cura | Mail: cura@amadeu-antonio-stiftung.de

ReachOut Berlin

... ist eine Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

www.reachoutberlin.de |

Mail: beratung@reachoutberlin.de

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

... ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes und Antifaschist*innen aller Generationen mit Sitz in Lichtenberg.

vvn-bda.de | [Kontaktformular auf der Webseite](#)

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)

... ist ein bundesweiter Verband aus Beratungsstellen, die seit über 15 Jahren rechte, rassistische und antisemitische Gewalt aus der Perspektive der Betroffenen dokumentieren sowie diese begleiten und unterstützen.

www.verband-brg.de | info@verband-brg.de

